

Inhaltsübersicht

§ 1	Einleitung	1
-----	------------------	---

1. Teil

Die Mechanik einer umfassenden Erbrechtsgesetzgebung

§ 2	Regelungsebenen des gesetzlichen Erbrechtsmodells	9
§ 3	Die Befugnis zur privaten Erbrechtsetzung durch Stiftungserrichtung – ein Blick ins deutsche Recht.....	21
§ 4	Mögliche Grenzen der privaten Erbrechtsetzung – eine rechtsvergleichende und historische Umschau	47
§ 5	Erstes Zwischenresümee und weiteres Vorgehen.....	147

2. Teil

Die Funktionen des Erbrechts und ihre Umsetzung

§ 6	Erblassemotivation durch Erbrecht.....	151
§ 7	Umverteilung durch Erbrecht.....	185
§ 8	Aktualisierung durch Erbrecht	303
§ 9	Solidarität durch Erbrecht	385
§ 10	Kontinuität durch Erbrecht	477
§ 11	Räumlich-persönliche Reichweite inländischer Erbrechtsgesetzgebung	545
§ 12	Ergebnisse.....	573
Schrifttum		577
Ausländische und historische Rechtsquellen.....		653
Personen- und Sachregister		665

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Einleitung	1
I.	Erbrecht und Erbrechtsgesetzgebung	1
II.	Private Erbrechtsetzung als notwendiger Bestandteil einer umfassenden Erbrechtsgesetzgebung – das Erfordernis eines funktionalen Erbrechtsverständnisses	3
III.	Das Thema dieser Arbeit: Die Funktionen des Erbrechts und ihre Umsetzung durch eine umfassende Erbrechtsgesetzgebung	6

1. Teil

Die Mechanik einer umfassenden Erbrechtsgesetzgebung

§ 2	Regelungsebenen des gesetzlichen Erbrechtsmodells	9
I.	Gewillkürtes Erbrecht	9
II.	Intestaterbrecht	12
1.	Praktische Relevanz	12
2.	Regelungsmaximen	13
3.	Regelungspotential	15
III.	Zwingendes Erbrecht	19
IV.	Durchsetzung des gesetzlichen Modells	20
§ 3	Die Befugnis zur privaten Erbrechtsetzung durch Stiftungserrichtung – ein Blick ins deutsche Recht	21
I.	Ausschluss des gesetzlichen Erbrechtsmodells	21
1.	Kein Erbfall bei der unsterblichen Stiftung	21
2.	Abgrenzung zu anderen Organisationsformen für generationenübergreifende Vermögen	24
a)	Die Handelsgesellschaft	25
b)	Die Familie	28
II.	Bindung des Vermögens durch ein privates Erbrecht	30
1.	Ein funktionales Erbrechtsverständnis	30

a) Verwaltungs-, Nutzungs- und Haftungsteilhabe als wirtschaftliche Elemente der rechtlichen Vermögensträgerschaft.....	31
b) Regelungen über die Weitergabe der Vermö- gensteilhabe für eine unbestimmte Anzahl von Erbfällen als Erbrecht.....	32
2. Die privatnützige Stiftung als (positiver) Erbrechtsetzungsmechanismus	35
III. Verbindlichkeit des dauerhaften Erbrechtsausschlusses und der generationenübergreifenden Vermögensbindung	39
1. Perpetuierung des Stifterwillens bei der Stiftung.....	40
2. Abgrenzung zu Ersatzformen der Stiftung.....	43
a) Stiftungskörperschaften.....	43
b) Unselbständige Stiftung	45
§ 4 Mögliche Grenzen der privaten Erbrechtsetzung – eine rechtsvergleichende und historische Umschau.....	47
I. Vollständiges Verbot der privaten Erbrechtsetzung.....	47
1. Allgemein: Beschränkung der Stiftung auf gemeinnützige Stiftungen	47
a) Gemeinnützige Vermögen = erbrechtslose Vermögen.....	49
b) Aber zunehmend: Zulässigkeit privatnütziger Stiftungen.....	50
2. Innerhalb der Familie	53
a) Die Abschaffung der Familienfideikommisse	54
aa) Herkunft der Familienfideikommisse: Germanischer Wolf im römischen Schafspelz oder „spanische Mode“?	54
bb) Das Familienfideikommiss als Erbrechtsetzungsmechanismus.....	57
cc) Das Ende der Familienfideikommisse.....	59
b) Das Ende der hochadligen Hausvermögen	63
c) Ein Blick ins common law: Die frühe Schwächung des fee tail (entail) und die Rolle der strict settlements.....	66
3. Fernwirkungen des Fideikommissverbots im Stiftungsrecht?.....	70
a) Funktionsäquivalenz	71
b) Die Müßigkeit der Diskussion um die Frage der Vermögensträgerschaft.....	73

c) Ausstrahlung auf die Familienstiftung sowie andere Verbindungslinien und Parallelen	78
II. Zeitliche Grenzen der privaten Erbrechtsetzung	83
1. Certae personae und Justinians Novelle 159 beim fideicommissum – und deren spätere Verdrängung	83
2. Die Rule against perpetuities beim trust – und ihr Niedergang	85
a) Der trust als Erbrechtsetzungsmechanismus	86
b) Zeitliche Grenzen durch die rule against perpetuities	90
3. Höchstdauer einer vom Erblasser angeordneten sukzessiven Nachlassteilhabe	96
a) Vor- und Nacherbschaft	96
b) Dauer(testaments)vollstreckung	99
4. Entsprechungen bei der privatrechtlichen Stiftung?	101
III. Inhaltliche Grenzen der privaten Erbrechtsetzung	105
1. Erbersatzsteuer beim „Erbfall“	105
a) Erbersatzsteuer kraft tatsächlichen „Erbfalls“	106
b) Erbersatzsteuer kraft fingierten „Erbfalls“	107
c) Relativierungen	109
2. Mindestvermögensteilhabe der „Erben“	112
a) Grenzen bei der Ausgestaltung der Vermögensteilhabe der „Erben“	112
aa) Mindestnutzungsteilhabe	112
bb) Mindestverwaltungsteilhabe	115
cc) Mindesthaftungsteilhabe	120
b) Grenzen bei der höchstpersönlichen Ausgestal- tung der teilhabevermittelnden Rechtsposition der „Erben“	123
3. Schutz der weichen Familienmitglieder des „Erblassers“	127
4. Allgemeine Inhaltskontrolle des privaten Erbrechts	128
IV. Quantitative Grenzen der privaten Erbrechtsetzung	130
V. Reformierbarkeit oder Aufhebbarkeit des privaten Erbrechts durch Vertreter nachfolgender Generationen	131
VI. Eingangsbesteuerung der privaten Erbrechtsetzung	136
VII. Keine Grenzen der privaten Erbrechtsetzung – Abgrenzung zu anderen Schranken für Vermögensbindungsmechanismen	137
1. Beschränkung unternehmenstragender Stiftungen	137
2. Die Verhaftung des Erbrechtsetzers und seines eigenen Erbfalls im zwingenden Erbrecht des gesetzlichen Modells	138

3. Grenzen der erbrechtlichen Privatautonomie allgemein	141
VIII. Durchsetzung der Grenzen	144
§ 5 Erstes Zwischenresümee und weiteres Vorgehen	147
 2. Teil Die Funktionen des Erbrechts und ihre Umsetzung	
§ 6 Erblassermotivation durch Erbrecht	151
I. Potentielle Anreize des Erblassers zu Produktivität und Sparsamkeit im gesetzlichen Modell	152
1. Testierfreiheit	153
2. Familienintestaterbfolge	155
3. Relativierungen durch Pflichtteil und staatliche Nachlassbeteiligung	156
II. Mögliche Grundlage der Erblassermotivation – Die Lehre von den Vererbungsmotiven	159
III. Zweifel an der Erblassermotivation durch Erbrecht	162
1. Theoretische Zweifel an Existenz und Reichweite der Vererbungsmotive	163
a) Die Motive im Einzelnen	163
b) Die Motive allgemein	164
c) Anreize zu Produktivität und Sparsamkeit jenseits der Vererbungsmotive	166
2. Grenzen der Ökonomik und Empirie	170
IV. Gefahr einer Demotivation des „Erblassers“ durch private Erbrechtsetzung?	174
V. Ausgleich durch gesteigerte Erbrechtsetzermotivation?	179
1. Vervielfältigung der Erblassermotivation	179
2. Unsterblichkeit durch private Erbrechtsetzung	180
VI. Konsequenzen für die private Erbrechtsetzung	183
§ 7 Umverteilung durch Erbrecht	185
I. Umverteilende Elemente des gesetzlichen Modells	185
1. Private Umverteilung durch Erbteilung	185
a) Intestaterbteilung	186
b) Gewillkürte Erbteilung	190
c) Zwingende Erbteilung: Der Pflichtteil	192
2. Öffentliche Umverteilung durch Nachlassbeteiligung des Staates	194

a) Intestatbeteiligung des Staates	195
b) Gewillkürte Beteiligung des Staates	195
c) Zwingende Beteiligung des Staates: Die Erbschaftsteuer	195
II. Warum Umverteilung beim Erbfall?	197
1. Gleichmäßigere Verteilung des Vermögens in der Gesellschaft	198
a) Im Hinblick auf die Verwaltungsteilhabe: Das Verhindern einer generationenübergreifenden Machtkonzentration	201
aa) Private Macht durch Verwaltungsteilhabe	202
bb) Kaum Umverteilungspotential des Erbrechts	204
cc) Der Erbfall als falscher Ansatzpunkt	207
b) Im Hinblick auf die Nutzungsteilhabe: Die Angleichung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse	208
aa) Aspekte der Ungleichverteilung	209
bb) Umverteilungspotential des Erbrechts	213
c) Zwischenergebnis	221
2. Wahrung des Leistungsprinzips	222
a) Verstoß der Privaterbfolge gegen das Leistungsprinzip	223
aa) Privaterbfolge als Familienerbfolge ohne Wettbewerb	224
bb) Leistungsprinzip als Familienprinzip?	225
b) Umverteilungspotential des Erbrechts	227
c) Sinn und Zweck des Leistungsprinzips: Ausschöpfung des Leistungspotentials in der Gesellschaft	231
3. Gegenleistung an die Allgemeinheit	237
III. Umverteilungsneutrale Vermögensweitergabe an Private – Umsetzbarkeit im gesetzlichen Modell (I)	240
1. Gemeinnützige Zuwendungen	240
2. Weitergabe eines vom Erben gebildeten oder erhaltenen Vermögens	243
3. Haushaltsinterne Vermögensweitergabe	246
IV. Schwächen der Erbteilung, insbesondere des Pflichtteils – Umsetzbarkeit im gesetzlichen Modell (II)	252
1. Umverteilung durch Private	253
a) Abhängigkeit vom Erblasserwillen	253
aa) Vermögenskonzentration durch Testierfreiheit?	253
bb) Umverteilende Ausübung der Testierfreiheit?	257

cc) Zwingende Erbteilung – und ihre Relativierung.....	260
b) Abhängigkeit vom Willen der Erben.....	267
2. Abhängigkeit von der demographischen Entwicklung	270
3. Umverteilung nur in der Familie	275
V. Stärken der staatlichen Nachlassbeteiligung, insbesondere der Erbschaftsteuer – Umsetzbarkeit im gesetzlichen Modell (III).....	277
1. Umverteilung durch den Staat	277
2. Unabhängigkeit von der demographischen Entwicklung	280
3. Umverteilung in der gesamten Gesellschaft	280
VI. Ausgestaltung einer umverteilungseffizienten Erbschaftsteuer – Umsetzbarkeit im gesetzlichen Modell (IV).....	282
1. Technik der Umverteilung – Nachlasssteuer und Erbanfallsteuer im Vergleich	285
a) Berücksichtigung persönlicher Verhältnisse des Erben.....	285
b) Anreiz des Erblassers zur umverteilenden Ausübung der Testierfreiheit.....	287
c) Erbfallübergreifende Besteuerung beim Erben.....	290
2. Gegenstand der Umverteilung	291
3. Umfang der Umverteilung	293
VII. Konsequenzen für die private Erbrechtsetzung.....	295
1. Mechanismusneutrale Ausgestaltung der Erbersatzsteuer	296
2. Beschränkung auf private Erbrechtsetzung zugunsten einer Familiendynastie?	296
3. Erbersatzsteuer kraft fingierten oder tatsächlichen „Erbfalls“?.....	298
4. Typisierung der Umverteilungswirkung beim fingierten „Erbfall“	299
VIII. Zwischenergebnis	301
§ 8 Aktualisierung durch Erbrecht.....	303
I. Aktualisierende Elemente des gesetzlichen Modells:	
Umfassende Vermögensteilhabe der Erben.....	304
1. Intestaterbrechtliche Aktualisierung beim Erbfall	304
2. Grenzen einer Perpetuierung durch den Erblasser	304
a) Perpetuierungsmechanismen	305
b) Besondere Grenzen	307

aa) Quantitative Mindestaktualisierung	308
bb) Inhaltliche Mindestaktualisierung	310
cc) Zeitliche Mindestaktualisierung	311
c) Allgemeine Grenze: Das Verbot teilhabeloser Vermögen	312
II. Warum Aktualisierung beim Erbfall?	315
1. Gleichmäßigere Verteilung des Vermögens in der Gesellschaft: Vermögenskonzentration durch beschränkte Vermögensteilhabe?	316
a) .Aktualisierung der Verwaltungs- und Haftungsteilhabe	316
b) Aktualisierung der Nutzungsteilhabe	321
2. Wahrung der Entscheidungsfreiheit der Erben: Unfreiwillige Pflichten oder Obliegenheiten durch beschränkte Verwaltungsteilhabe?	322
a) Prozeduraler Schutz der Erben	323
b) Materialisierung der Entscheidungsfreiheit als taugliches Aktualisierungsziel?	326
c) Abgrenzung: Der Schutz von (erbrechtlichen) Freiheitsräumen	329
3. Wahrung der Generationengerechtigkeit: Das Interesse an einer umfassenden Vermögensteilhabe der lebenden Generationen	331
a) Aktualisierung der Verwaltungsteilhabe	335
aa) Die Mobilität der Vermögensgegenstände	335
bb) Schutz des reibungslosen Rechtsverkehrs?	340
cc) Die Bedeutung der umfassenden Verwaltungsteilhabe allgemein	341
dd) Relativierungen des erbrechtlichen Aktualisierungspotentials	345
b) Aktualisierung der Nutzungsteilhabe?	352
c) Aktualisierung der Haftungsteilhabe?	353
4. Wahrung des Leistungsprinzips: Haftungsfeste und marktunabhängige Vermögensteilhabe als unverdienter Vorteil	355
a) „Property plus“ für die Erben	356
b) Sinn und Zweck des Leistungsprinzips, insbesondere beim Ausschluss der Haftungsteilhabe	359
c) Kein erbrechtliches Aktualisierungspotential, wenn „property plus“ für jedermann	362
5. Zwischenergebnis	367
III. Umsetzbarkeit im gesetzlichen Modell	368

1. Allgemeine erbrechtliche Perpetuierung?	368
2. Perpetuierung durch Erblasser bei wirtschaftlich schwachen Erben	368
3. Haushaltsinterne Vermögensweitergabe?	371
IV. Konsequenzen für die private Erbrechtsetzung	373
1. Untaugliche Grenzen: Reformierbarkeit oder Aufhebbarkeit des privaten Erbrechts	374
2. Taugliche Grenzen	374
a) Zeitliche Grenzen der privaten Erbrechtsetzung: Gleichlauf mit gewillkürter Perpetuierungsmacht des Erblassers im gesetzlichen Modell	375
b) Inhaltliche Grenzen der privaten Erbrecht- setzung, vor allem durch Mindestvermögens- teilhabe der „Erben“	376
c) Verbot der privaten Erbrechtsetzung; Enteignung des gebundenen Vermögens als Alternative?	379
d) Eingangsbesteuerung der privaten Erbrechtsetzung	382
3. Laissez-faire und Mindestaktualisierung als default- Regime	383
V. Zwischenergebnis	384
§ 9 Solidarität durch Erbrecht	385
I. Solidaritätselemente im gesetzlichen Erbrechtsmodell	385
1. Zulässigkeit einer Privaterbfolge	385
2. Relative Erbenbestimmung	386
a) Durch den Erblasser – Testierfreiheit	387
b) Durch das Gesetz – Intestaterbfolge oder zwingende Erbfolge innerhalb der Familie	389
II. Warum erbrechtliche Solidarität?	390
1. Zwei allgemeine Vorüberlegungen	390
a) Das Interesse an Nähebeziehungen in der Gesellschaft	390
b) Der Beitrag der erbrechtlichen Solidarität zur Stärkung der Nähebeziehungen	392
2. Bereinigung der lebzeitigen Nähebeziehung – Gerechter Interessenausgleich (I)	394
a) Materielle und immaterielle Teilhabe- gerechtigkeit	394
b) Generationengerechtigkeit	397
3. Nachwirkung der lebzeitigen Nähebeziehung – Gerechter Interessenausgleich (II)	398

a) Stabilität im Hinblick auf eine aktuelle oder potentielle Nutzungsteilhabe: Versorgung durch erbrechtliche Solidarität	399
aa) Mangelndes Bedürfnis wegen öffentlicher Versorgung?	401
bb) Mangelndes Bedürfnis wegen zunehmender Lebenserwartung?	403
b) Stabilität im Hinblick auf die bisherige Vermögensteilhabe: Haushaltsinterne erbrechtliche Solidarität	404
4. Vorwirkung auf die lebzeitige Nähebeziehung	406
III. Umsetzbarkeit im gesetzlichen Modell	409
1. Möglichkeit einer erbrechtlichen Solidarität durch Erbschaftsteuerverschonung	409
a) Gerechter Interessenausgleich	409
b) Vorwirkung auf die lebzeitige Nähebeziehung	411
2. Gewillkürte Solidarität durch Testierfreiheit	412
a) Gerechter Interessenausgleich?	412
aa) Eingeschränkte Richtigkeitsgewähr der gewillkürten Solidarität	414
bb) Gefahr solidaritätsfremder Testierziele	418
cc) Konsistenz des Familienvermögensrechts	420
dd) Tatsächliches Testierverhalten	421
b) Vorwirkung auf die lebzeitige Nähebeziehung?	422
3. Zwingende (Mindest)solidarität durch Pflichtteil	427
a) Ausgangspunkt: Schwächen des Quotenpflichtteils	427
aa) Nur eingeschränkte Vorwirkung auf die lebzeitige Nähebeziehung	427
bb) Nicht zwangsläufig gerechter Interessenausgleich	429
cc) Abschreckung vor Nähebeziehungen?	432
dd) Aber: Fortentwicklung des Quotenpflichtteils	433
b) Differenzierung der zwingenden erbrechtlichen Solidarität	433
aa) Im Hinblick auf die Nachwirkung der lebzeitigen Nähebeziehung	434
bb) Im Hinblick auf die Bereinigung der lebzeitigen Nähebeziehung; mittelbare Vorwirkung	436
c) Flexibilisierung der zwingenden erbrechtlichen Solidarität	438
aa) Durch die Gerichte	439

bb) Durch den Erblasser einseitig.....	440
cc) Durch die Beteiligten einvernehmlich.....	442
d) Horizontalisierung der zwingenden erbrechtlichen Solidarität.....	449
aa) Ausweitung des Quotenpflichtteils?.....	450
bb) Stabilität der Vermögensteilhabe durch zwingende Solidarität gegenüber dem überlebenden Ehegatten	452
cc) Stabilität der Vermögensteilhabe durch Abschwächung der (zwingenden) Solidarität gegenüber den überlebenden Verwandten.....	453
e) Öffnung der zwingenden erbrechtlichen Solidarität.....	456
aa) „Neue“ Statusverhältnisse	456
bb) Rein faktische Nähebeziehungen	458
f) Grenzen zwingender erbrechtlicher Solidarität: Immaterielle Teilhabegerechtigkeit?	461
4. Vermutete und gewünschte Solidarität durch Intestaterbfolge und Erbschaftsteuerverschonung.....	462
5. Erhöhter Stellenwert der Solidaritätselemente durch verfassungsrechtliche Untermuerung?	466
IV. Konsequenzen für die private Erbrechtsetzung	468
1. Inhaltliche Grenzen der privaten Erbrechtsetzung: „Erbrechtliche“ Solidarität der „Erblasser“	468
2. Zeitliche Grenzen der privaten Erbrechtsetzung: Beschränkung auf eine erbrechtliche Solidarität des Erbrechtsetzers	469
a) Die private Erbrechtsetzung als Substitut der Testierfreiheit im gesetzlichen Modell	470
b) Zwingende Solidarität durch Verhaftung des Erbrechtsetzers im gesetzlichen Modell	472
c) Ausgestaltung der zeitlichen Grenzen	474
3. Beschränkung der erbrechtlichen Solidarität auf eigenerwirtschaftetes Vermögen?	474
V. Zwischenergebnis	475
§ 10 Kontinuität durch Erbrecht	477
I. Kontinuitätselemente des gesetzlichen Modells.....	478
1. Perpetuierung des weitergegebenen Vermögens als Privatvermögen durch Privaterbfolge	478
a) Erbschaftsteuerverschonung.....	478
b) Unbegrenzte Verwandtenintestaterbfolge.....	479

2.	Perpetuierung der Einheit des weitergegebenen Vermögens	480
a)	Durch Stundung oder Verrentung einer Erbschaftsteuer.....	480
b)	Durch Anerbfolge und Indivision.....	481
aa)	Intestaterbrecht	481
bb)	Gewillkürtes Erbrecht	486
cc)	Zwingendes Erbrecht	489
3.	Perpetuierung der wirtschaftlichen Ausrichtung des weitergegebenen Vermögens durch Beschränkung der Verwaltungs- und Haftungsteilhabe	490
4.	Perpetuierung der Erblassereigenschaften durch absolute Erbenbestimmung.....	495
a)	Durch das Gesetz – Intestaterbrecht und zwingendes Erbrecht	496
b)	Durch den Erblasser – Testierfreiheit.....	500
II.	Die Befugnis zur privaten Erbrechtsetzung als Element erbrechtlicher Kontinuität	500
III.	Warum erbrechtliche Kontinuität?	501
1.	Bezogen auf die begünstigten Gesellschaftsmitglieder: Stärkung generationenübergreifender Gruppen (Dynastien)?.....	502
2.	Bezogen auf das Vermögen: Erhalt schützenswerter wirtschaftlicher Einheiten (Höfe und Unternehmen)	508
IV.	Umsetzbarkeit im gesetzlichen Modell	513
1.	Die Erbhoffrage: Fortführung durch den Erben oder durch ein sonstiges marktbestimmtes Gesellschaftsmitglied?.....	514
a)	Grundsätzlich keine Basis für das Erbhofprinzip	515
b)	Das (mittelständische) Familienunternehmen als schutzwürdiges Gut?	519
c)	Praktische Gründe für das Erbhofprinzip?	522
d)	Maßgeblichkeit der Erblasserperspektive?	523
2.	Fortführung durch Erben erforderlich – Alternative I.....	524
a)	Anerbfolge mit kontinuieritätskonformen Belastungen des Anerben	525
b)	Begrenzung einer Deinvestition durch den Anerben.....	529
c)	Bestimmung des Optimalerben	530
3.	Fortführung durch marktbestimmtes Gesellschaftsmitglied ausreichend oder sogar geboten – Alternative II	533
a)	Perpetuierung als Privatvermögen?	533

b) Perpetuierung der Vermögenseinheit	534
c) Perpetuierung der wirtschaftlichen Ausrichtung und der Erblassereigenschaften?	537
4. Einschränkung: Die Rolle des Gesellschaftsrechts	538
V. Konsequenzen für die private Erbrechtsetzung	542
VI. Zwischenergebnis	544
§ 11 Räumlich-persönliche Reichweite inländischer Erbrechtsgesetzgebung	545
I. Kein einheitlicher räumlich-persönlicher Anwendungsbereich der erbrechtlichen Funktionen	545
II. Umsetzbarkeit im gesetzlichen Erbrechtsmodell	548
1. Differenzierende oder flexibilisierende Lösung anhand erbrechtlicher Funktionen?	548
2. Typisierende Lösung anhand kollisionsrechtlicher Erwägungen	550
III. Konsequenzen für die private Erbrechtsetzung	553
1. Erbrechtsetzung nach inländischem Recht	555
2. Erbrechtsetzung nach ausländischem Recht	556
a) Grundsatz: Erstreckung der inländischen Gren- zen durch mechanismusneutrale Ausgestaltung	556
b) Erste Hürde: Durchsetzung der inländischen Grenzen	558
aa) Öffentliche Durchsetzung	558
bb) Private Durchsetzung	560
cc) Indirekte Durchsetzung	563
c) Zweite Hürde: Grenzüberschreitende private Erbrechtsetzung im Binnenmarkt	563
IV. Zwischenergebnis und Folgerung: Der Erbrechtsgesetzgeber im Wettbewerb der Rechtsordnungen um private Erbrechtsetzer	566
§ 12 Ergebnisse	573
Schrifttum	577
Ausländische und historische Rechtsquellen	653
Personen- und Sachregister	665